

E-Mail-Newsletter

17. Juni 2008

Liebe Mitglieder und Interessierte,

anbei erhalten Sie unseren neuesten E-Mail-Newsletter, wie immer mit aktuellen Infos, Literatur- und Veranstaltungshinweisen:

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg am 12. Juli 2007

Es sind nur noch knapp vier Wochen bis zu unserer nächsten Tagung. Wir bitten Sie um Ihre baldige Anmeldung!

2. Herbsttagung in Bad Boll vom 12.-14. September 2008: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge?

Auch für diese Veranstaltung ist eine Anmeldung ab sofort möglich.

3. Europäische Außengrenzen: Stoppt das Sterben!

Pro Asyl startet Kampagne für einen Zugang zu einem fairen Asylverfahren in Europa

4. EU-Innenminister einigen sich über gemeinsame Abschiebungsregeln

Haftdauer bis zu 18 Monate, Wiedereinreiseverbot in die gesamte EU bei Abschiebung durch einen Mitgliedstaat das sind nur zwei Punkte der Richtlinie, über die in dieser Woche im EU-Parlament debattiert wird.

5. Herkunftsländer: Neue Infos bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe www.sfh-osar.ch

Togo Behandlungsmöglichkeiten von HIV/Aids und Schizophrenie

Montenegro: Psychiatrische Versorgung von Roma

Kamerun: Behandlungsmöglichkeiten von HIV/Aids

Marokko/Libyen: Gefährdung eines politischen Karikaturisten in Zeiten des Karikaturenstreites

6. Kosovo: Präsident setzt Verfassung in Kraft

Was wird aus dem neuen Staat? Nur gute ein Fünftel von 196 Staaten haben das Kosovo anerkannt, in der Region nur Albanien, Kroatien und Bulgarien.

7. Recht: VG Göttingen: Kosovo-Albaner haben Anspruch auf Ausweisersatz

...auch wenn sie sich zu einem früheren Zeitpunkt um einen serbischen Pass hätten bemühen können.

8. Recht: VG Hannover: Togo: Ablehnung des Widerrufs der Anerkennung

Eine erhebliche Veränderung der Sachlage sei noch nicht festzustellen.

9. Materialien für die Interkulturelle Woche 2008

Plakate, Flyer, Hefte... können jetzt bestellt werden.

10. Lesetipps

11. Termine

Mit herzlichem Gruß

Reiner Klass

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrats B.-W. am 12. Juli 2007

Arbeitsgruppen zu:

- Bleiberecht/Härtefallkommission (Jürgen Blechinger, Jurist, Ev. Oberkirchenrat Karlsruhe)
- Widerrufsverfahren (Vera Kohlmeyer-Kaiser, Rechtsanwältin, Mitglied des Sprecherrats)
- Einkommenssicherung für arbeitssuchende Flüchtlinge (Monika Bogemann, bfw Karlsruhe)
- 20 Jahre Flüchtlingsrat B.-W. (Angelika von Loeper, Ulrike Duchrow, Mitglieder des Sprecherrats)

Referate zum Thema "Resettlement":

- UNHCR-Postition (Norbert Trosien, UNHCR Berlin)
- Kampagne "Save Me" des Bayerischen Flüchtlingsrats (Matthias Weinzierl)

Zum detaillierten [Programm](#).

Bitte melden Sie sich möglichst bald zu dieser Veranstaltung an! Ihre Anmeldung nehmen wir ab sofort gerne per Post, telefonisch, per [Mail](#) oder über unsere Website www.fluechtlingsrat-bw.de entgegen.

2. Herbsttagung in Bad Boll: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge?

Die Situation an den Außengrenzen im Osten und Südosten und der Zugang zu Asylverfahren.

Das [Programm](#) für unsere Herbsttagung, die in diesem Jahr vom 12.-14. September und in Zusammenarbeit mit den Ev. Akademien Baden und Bad Boll sowie Pro Asyl stattfinden wird, liegt jetzt vor.

"Manche sterben auf dem Weg ins Paradies"

In den vergangenen Jahren standen Fluchtbewegungen aus dem Süden nach Europa immer wieder im öffentlichen, politischen und medialen Interesse. Überladene oder gesunkene Schiffe mit vielen Opfern vor den Küsten Italiens, Spaniens und Griechenlands, immer höhere Zäune um die spanischen Enklaven in Nordafrika sind Symptome der Entwicklung.

Die Arbeitsweise der "Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX)" der EU steht in der Kritik. Der griechischen Küstenwache wird von Menschenrechtsorganisationen vorgeworfen, Boote zu zerstören und Menschen hilflos im Meer zurückzulassen. Schwere Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen werden in der Slowakischen Republik an der Grenze zur Ukraine festgestellt. "Flüchtlinge haben gar keine andere Möglichkeit als illegale Wege zu gehen. Alle legalen hat ihnen eine restriktive Gesetzgebung verbaut und zwar europaweit... Nicht die Menschenschmuggler sind das Problem, sondern die rigiden EU-Regeln, die eine legale Flucht aus den Krisengebieten unmöglich machen." (Frankfurter Rundschau vom 31.12.2007)

Bei dieser Tagung wollen wir die Flüchtlingspolitik der EU, die Rechtslage und Rechtspraxis an den EU-Grenzen und exemplarisch die Situation für Flüchtlinge diesseits und jenseits der EU-Grenze in Ost- und Südosteuropa sowie die Vernetzung der Flüchtlingsarbeit betrachten. Dabei werden anwesende Flüchtlinge ihre Erfahrungen mit einbringen.

Hierzu laden wir Sie herzlich nach Bad Boll ein. Tagungssprachen sind Englisch und Deutsch (Simultanübersetzung im Plenum).

Dr. Manfred Budzinski, Ulrike Duchrow, Karl Kopp, Annette Stepputat

Ab sofort können Sie sich zu dieser Tagung anmelden! Die Anmeldung ist auch [online](#) möglich!

3. Europäische Außengrenzen: Stoppt das Sterben!

"Stoppt das Sterben! Menschenrechte achten Flüchtlinge schützen" unter diesem Motto hat Pro Asyl vor Kurzem eine neue Kampagne für ein faires Asylverfahren in Europa und gegen Frontex-Einsätze auf dem

Mittelmeer gestartet. Auch das diesjährige Heft zum Tag des Flüchtlings (unsere Mitglieder und AbonnentInnen erhalten es in Kürze per Post; Einzelexemplare können in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats bestellt werden) enthält zahlreiche Artikel zu diesem Themenschwerpunkt. Die Kampagne wurde mit der nachfolgenden Pressemitteilung am vergangenen Freitag gestartet.

Pro Asyl-Presseerklärung, 13. Juni 2008

Europäische Außengrenzen: Stoppt das Sterben! PRO ASYL startet Kampagne

Prominente Persönlichkeiten und Politiker aller Parteien unterstützen die von PRO ASYL initiierte Kampagne 'Stoppt das Sterben'. Jahr für Jahr sterben Tausende von Menschen an den europäischen Außengrenzen. Das Mittelmeer und der Atlantik vor der westafrikanischen Küste sind zu Massengräbern geworden.

Zu den Erstunterzeichnern gehören u. a. Politiker wie der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, der CDU-Bundesminister a. D. Dr. Christian Schwarz-Schilling, die Bundesvorsitzende der Grünen Claudia Roth, der Menschenrechtsexperte der Partei Die Linke Michael Leutert, der stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Dr. Max Stadler (FDP) sowie Persönlichkeiten aus dem Kulturbereich wie Ulrike Folkerts, Navid Kermani und Die Toten Hosen. Mitgetragen wird der Aufruf von kirchlichen Organisationen, Wohlfahrtsverbänden, dem Deutschen Frauenrat, Juristen und Anwaltsvereinigungen, Menschenrechtsorganisationen und den Flüchtlingsräten der Bundesländer.

Mit ihrer Unterschrift fordern die Unterzeichner die EU-Staaten auf, den Zugang zu einem fairen Asylverfahren in Europa zu gewährleisten. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden. Gefordert wird deshalb die Einstellung menschenrechtswidriger Einsätze der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Sie operiert auf hoher See unter Missachtung geltenden Flüchtlingsrechts und der Menschenrechte. In internationalen Gewässern, zum Teil auch in den Territorialgewässern von Herkunfts- und Transitstaaten, werden Flüchtlingsboote verfolgt und zurückgedrängt. Schutzbedürftige Flüchtlinge haben in diesem System keine Chance.

PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt appellierte anlässlich der Vorstellung des Aufrufes an das Europäische Parlament, seine Kontrollfunktion zu nutzen und diesen Zuständen Einhalt zu gebieten. Einer EU-Agentur wie FRONTEX, deren Handeln Menschenrechte ignoriert, dürfe nicht immer wieder ihr steigendes Budget abgesegnet werden.

Die Spuren unrechtmäßiger FRONTEX-Praktiken lassen sich bis in die Jahresberichte der Organisation hinein verfolgen. Dort wird u. a. davon berichtet, dass allein im Jahr 2007 die Flucht von 17.087 Menschen unterbrochen (intercepted) wurde. Gemeint ist offenbar das Aufbringen von Flüchtlingsbooten auf hoher See. 6.213 Menschen sind nach demselben Jahresbericht im Zuge solcher Operationen abgedrängt/umgeleitet (diverted) worden. Hinter der undeutlichen Begrifflichkeit verbirgt sich die Unklarheit über das Schicksal der so Behandelten. Was mit potentiell Schutzsuchenden nach dem Aufgriff durch Frontex geschehen ist, interessiert die Agentur letztlich nicht.

PRO ASYL appelliert an die Bürgerinnen und Bürger Europas, zur illegalen Zurückweisung von Flüchtlingen im Rahmen von FRONTEX-Einsätzen nicht zu schweigen. Deshalb sammelt PRO ASYL gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen Unterschriften in vielen Staaten Europas. Sie sollen dem Europäischen Parlament zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2008 übergeben werden.

gez. Günter Burkhardt
Geschäftsführer

Hinweis: Die European School of Design wird am Freitag, dem 20. Juni 2008, aus Anlass des Internationalen Flüchtlingstages in Frankfurt am Main mit einer von PRO ASYL unterstützten künstlerischen Aktion auf das Sterben an den europäischen Außengrenzen aufmerksam machen. Weitere Informationen bei: european school of design, Tel. 069-707 959 21

4. EU-Innenminister einigen sich über gemeinsame Abschiebungsregeln

Haftdauer bis zu 18 Monate, Wiedereinreiseverbot in die gesamte EU bei Abschiebung durch einen Mitgliedstaat das sind nur zwei Punkte der Richtlinie, über die am heutigen Mittwoch im EU-Parlament debattiert wird. Deutschland ist einer der härtesten Verfechter des gefundenen Kompromisses und versucht, die Verschärfungen mit Hilfe des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy durchzusetzen, der ab Juni die EU-Präsidentschaft innehat. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) arbeitet also erfolgreich am einheitlichen Abschieberaum Europa, in dem deutscher "Standard" zur Norm werden soll. Denn im Gegensatz zu den meisten EU-Ländern können hierzulande ausreisepflichtige Flüchtlinge jetzt schon bis zu eineinhalb Jahre festgehalten werden.

Die Pläne der Kommission zielen auf einheitliche Regeln für die Anerkennung von Asylsuchenden. Bisher haben beispielsweise Bewerber aus Tschetschenien kaum eine Chance auf Anerkennung in der Slowakei, finden in den meisten Fällen aber Schutz in Österreich. Die Brüsseler Behörde will die Verfahren angleichen. Helfen soll dabei unter anderem ein EU-Büro, das die Kommission mit "allen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten" betrauen möchte.

Parallel zu den Asylplänen will EU-Justizkommissar Jacques Barrot am Dienstag ein Strategiepapier vorlegen, das von legaler Einwanderung über Schwarzarbeit und Schlepperbanden bis zum Grenzschutz zahlreiche Aspekte der Migrationspolitik abdecken soll. Einerseits spricht Barrots Behörde von den Lasten der Einwanderung, die gerecht verteilt werden müssten. Andererseits betont sie, dass Europa wegen seiner alternden Bevölkerung Zuwanderer brauche.

Die Europa-Abgeordneten betreten unterdessen Neuland. Zum ersten Mal müssen sie aufgrund einer neuen Rechtslage über eine europäische Richtlinie in der Migrationspolitik entscheiden. Der Druck ist groß: Menschenrechtler von Amnesty International über kirchliche Gruppen bis zum Europäischen Rat für Flüchtlinge und Exilanten (ECRE) mit seinen 65 Mitgliedsorganisationen haben die Abgeordneten aufgefordert, die Abschiebe-Richtlinie abzulehnen.

Vor allem drei Punkte des Gesetzentwurfs haben Kritik geweckt: die Dauer der Abschiebehaft von bis zu 18 Monaten, ein Verbot der Wiedereinreise und strenge Regeln für Familien. "Um Asyl zu bitten ist kein Verbrechen", betont ECRE-Generalsekretär Bjarte Vandvik. Die Richtlinie würde aber die Grundrechte der Betroffenen stark einschränken, warnen ECRE und Amnesty International.

Für Deutschland änderten die geplanten EU-Vorgaben wenig, meint Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Aber die meisten Länder sehen bisher eine deutlich kürzere Abschiebehaft vor. Sie könnten ihre Regeln verschärfen, fürchten die Kritiker. Kommissar Barrot hält ihnen entgegen, dass mehrere Länder bisher keinerlei Höchstdauer kennen. Nach Parlamentsangaben sind dies Dänemark, Estland, Finnland, Großbritannien, Litauen, die Niederlande und Schweden.

Für die Europa-Abgeordneten wird die Abstimmung am Mittwoch zur Gewissensentscheidung. "Als das Parlament in der Migrationspolitik noch nichts zu sagen hatte, haben die Abgeordneten immer die Menschen- und Grundrechte hochgehalten", erinnert eine ECRE-Mitarbeiterin in Brüssel. Nun bitten die Nichtregierungsorganisationen darum, dass die Parlamentarier diese Tradition fortsetzen."

Quellen: Junge Welt, 12.06.08, Frankfurter Rundschau, 15.06.08, merkur-online, 16.06.2008

5. Herkunftsländer: Neue Infos bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe www.sfh-osar.ch

Herkunftsländer: <http://www.osar.ch/country-of-origin>

- **Togo:** Behandlungsmöglichkeiten von HIV/Aids und Schizophrenie. Johanna Fuchs, SFH 2008-06-11 Auskunft der SFH-Länderanalyse, 7 Seiten: http://www.osar.ch/2008/06/11/togo_hiv_aids_schizophrenia
- **Montenegro:** Psychiatrische Versorgung von Roma. Rainer Mattern, SFH 2008-05-28 Auskunft der SFH-Länderanalyse, 4 Seiten. http://www.osar.ch/2008/05/28/roma_montenegro
- **Kamerun:** Behandlungsmöglichkeiten von HIV/Aids. Johanna Fuchs, Michael Kirschner, SFH 2008-05-22 Auskunft der SFH-Länderanalyse, 7 Seiten. http://www.osar.ch/2008/05/22/cameroon_hiv_aids_treatment
- **Marokko/Libyen:** Gefährdung eines politischen Karikaturisten in Zeiten des Karikaturenstreites. Alexandra Geiser, Silja Weyel, SFH 2008-05-21 Auskunft der SFH-Länderanalyse, 9 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/05/21/cartoon_libya_morocco

6. Kosovo: Präsident setzt Verfassung in Kraft

Umbruch im Kosovo. [Die Zeit](#) berichtet am 16. Juni, dass der deutsche Leiter der UN-Mission im Kosovo, Joachim Rucker, nach kosovarischen Medienberichten noch in dieser Woche sein Amt niederlegen würde. Moskau hatte in der vergangenen Woche Ruckers Rücktritt gefordert, weil er eine Beschneidung der UN-Kompetenzen im Kosovo zugelassen habe.

Was wird aus dem neuen Staat? Nur gut ein Fünftel von 196 Staaten haben das Kosovo bislang anerkannt, in der Region nur Albanien, Kroatien und Bulgarien.

Die Frankfurter Rundschau schreibt dazu in ihrer vorgestrigen Ausgabe:

Parlament ohne Macht

Seit vier Monaten ist das Kosovo unabhängig - das Sagen haben EU und UN

Von Norbert Mappes-Niediek

An diesem Sonntag ist es soweit: Das Parlament übernimmt feierlich die Macht im Kosovo - wenn auch nur, um sie gleich an die EU weiterzureichen. Die neue Verfassung, weitgehend diktiert vom UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari, gesteht die höchste Autorität einem Beauftragten der EU zu: Der Niederländer Pieter Feith ist künftig "letzte Instanz" in allen Fragen.

Offen ist noch, wie restriktiv der neue Machthaber seine Kompetenzen nutzen wird. Oder nutzen muss: Querelen mit Serbien und mit dem UN-Sicherheitsrat lassen befürchten, dass sich am Protektorat nur der Titel ändert. Belgrad tut schon jetzt alles, es dem neuen Staat so schwer wie möglich zu machen.

Die Wahrheit ist: Vier Monate nach der Unabhängigkeitserklärung hat sich in der Kosovo-Frage nichts getan. Die befürchteten Pogrome gegen Serben und die Aufstände in den Nachbarländern blieben aus. Aber nur 42 von 196 Staaten haben das Kosovo anerkannt, in der Region nur Albanien, Kroatien und Bulgarien. Keine internationale Organisation hat den neuen Staat aufgenommen. Und die internationale Rechtslage ist unklarer denn je.

Offen ist sogar, ob das Parlament in Pristina am Sonntag überhaupt die Macht hat, sich selbst zu entmachten. Formal nämlich haben immer noch die UN das Sagen. Der Plan der Westmächte, die Kompetenzen der UN-Verwaltung offiziell an die EU weiterzureichen, scheiterte im Winter an russischem Widerstand.

Verwirrende Doppelstruktur

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat hinter den Kulissen zwar alles getan, um dem Kosovo und den Westmächten zu helfen. Aber er steht unter Druck. So muss er sich für "strikt neutral" erklären, wenn es um den Status des Kosovo geht. Die UN-Mission, schrieb Ban in dieser Woche in einem Brief an Kosovo-Präsident Fatmir Sejdiu, bestehe weiter.

Allerdings will Ban einen neuen Sonderbeauftragten ernennen. In Pristina glaubt man den Namen schon zu kennen: Pieter Feith. Hätte der Niederländer eine Doppelfunktion, so die Hoffnung der Albaner, würde von der UN-Mission bloß ein juristisches Skelett übrig bleiben. Das dürfte Wunschdenken sein. Dass Feith auch neuer UN-Chef im Kosovo werden soll, wird bei den UN unter der Hand dementiert.

Eher läuft alles auf eine neue Doppelstruktur hinaus - mit viel Raum für Konkurrenz. In den serbischen Gebieten des Kosovo werden die Polizei und die Gerichte auch künftig von den Vereinten Nationen kontrolliert, schrieb Ban an den Kosovo-Präsidenten Sejdiu und seinen serbischen Amtskollegen Boris Tadic. Eine herbe Enttäuschung: Noch vor 14 Tagen hatte der Chef der künftigen Polizei- und Justizmission Eulex, der Franzose Yves de Kermabon, darauf bestanden, dass seine Leute auch in den serbischen Gebieten des Kosovo die Autorität übernehmen sollten. Der Zoll schließlich soll laut Ban sogar vollständig unter UN-Kontrolle stehen.

Und in einem Punkt widerspricht der Generalsekretär sogar der neuen Verfassung: So sollen die "religiösen, historischen und kulturellen Orte" der Serben "unter der alleinigen Kontrolle der serbisch-orthodoxen Kirche in Belgrad" bleiben.

7. Recht: VG Göttingen: Kosovo-Albaner haben Anspruch auf Ausweisersatz

Kosovo-Albaner haben einen Anspruch auf Ausstellung eines Ausweisersatzes, auch wenn sie sich zu einem früheren Zeitpunkt um einen serbischen Pass hätten bemühen können und dies nicht getan haben. Dies hat das Verwaltungsgericht Göttingen mit Beschluss vom 21. Mai 2008 (Az. 1A 390/07) entschieden. Wörtlich erklärte das Verwaltungsgericht:

"Zwar liegt gemäß § 55 Abs. 1 Satz 3 AufenthV i.V.m. § 5 Abs. 2 Nr. 1 AufenthV grundsätzlich keine Unzumutbarkeit [der Passbeschaffung] vor, wenn eine rechtzeitige Verlängerung oder Neuerteilung eines Passes möglich gewesen wäre. Der Kläger hätte, wie die Ausstellung von Pässen an seine Frau und seinen Sohn zeigt, auch rechtzeitig einen neuen Pass beantragen können. Von dieser Regel ist im vorliegenden Fall aber abzuweichen. Denn wegen der noch fehlenden Auslandsvertretung ist es Kosovaren objektiv unmöglich, Pässe ihres Heimatstaates zu bekommen. Die fehlende Mitwirkung des Klägers in der Vergangenheit kann diese objektive Unmöglichkeit nicht beseitigen. Selbst bei einer ausreichenden Mitarbeit könnte der Kläger derzeit keinen Heimatpass erhalten. Da der Kläger geduldet wird, liegen die Voraussetzungen des § 55 Abs. 1 Nr. 1 AufenthV vor. In diesem Fall 'wird' dem Ausländer ein Ausweisersatz ausgestellt. (...)"

gez. Mathilde Le Merle

8. Recht: VG Hannover: Togo: Ablehnung des Widerrufs der Anerkennung

Die [Entscheidung vom 5.5.2008](#), mit der das Verwaltungsgerichts Hannover den Widerruf der Anerkennung eines togoischen Flüchtlings ablehnt, ist bemerkenswert, weil das Gericht hier nicht auf die Besonderheiten des Einzelfalls abstellt, sondern auf die allgemeine Lage in Togo, um dann unter Bezugnahme auf Art. 1 C Nr. 5 Satz 1 GFK und die Entscheidungspraxis des Bundesverwaltungsgerichts festzustellen, dass eine erhebliche" und überdies nicht nur vorübergehende" Veränderung im Vergleich zu dem für die Beurteilung der Sachlage maßgeblichen Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung (noch) nicht festzustellen sei.

gez. Kai Weber

9. Materialien für die Interkulturelle Woche 2008

Die Interkulturelle Woche 2008 beginnt am 28. September und endet am 4. Oktober. Im Rahmen der Interkulturellen Woche findet in diesem Jahr der "Tag des Flüchtlings" am 3. Oktober statt.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss unterstützt die Akteure der "Woche" mit verschiedenen Materialien, die zur inhaltlichen Orientierung sowie zur Verbreitung während der Interkulturellen Woche angeboten werden: das Materialheft, das [Plakat](#) sowie [Postkarten](#) mit verschiedenen Motiven. Diese können ab sofort bestellt werden. Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter www.interkulturellewoche.de.

10. Lesetipps

Bei der "Gesellschaft für politische Bildung Gegenwind" sind verschiedene Broschüren mit Informationen zu Integration und Diskriminierung erschienen. Alle Hefte sind unter www.gegenwind.info bestellbar:

In der Broschürenreihe sind erschienen:

Band 10: Ausländer

Hier wird die Geschichte der Einwanderung dargestellt, die Entwicklung des Ausländerrechts seit der Weimarer Republik. In besonderes Kapitel ist den ausländerfeindlichen Anschlägen von Hoyerswerda, Mölln und Solingen gewidmet.

Band 45: Rassismus

Es geht um die Geschichte des Rassismus, außerdem seine Ausprägungen in der heutigen bundesdeutschen Debatte. Ein besonderes Kapitel widmet sich dem Rassismus in der Literatur bzw. in Kinder- und Jugendbüchern heute.

Band 68: Diskriminierung

Seit dem Herbst 2006 haben wir in Deutschland ein "Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz", mit dem die Anti-Diskriminierungs-Richtlinien der EU in deutsches Recht übertragen wurden. Die Broschüre stellt das Gesetz vor und diskutiert anhand der ersten Erfahrungen und Urteile, wie Einwanderer & Ausländer sich gegen Diskriminierung wehren können.

Band 59: Islam in Deutschland

Das Heft stellt die Geschichte des Islam in Deutschland seit den Kriegen Napoleons vor. Anschließend geht es um die größten Verbände auf sunnitischer und schiitischer Seite. In einem besonderen Kapitel werden die aktuellen Konflikte analysiert: Der Streit um das Kopftuch, der Neubau von Moscheen, Die Erlaubnis zum "islamischen Schlachten" und die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts.

Band 62: Zuwanderungsgesetz

Das Heft stellt das 2005 in Kraft getretene Gesetz vor, das zehn Jahre lang in unterschiedlichen Versionen diskutiert wurde. Sollte damit ursprünglich die Einwanderung gefördert und die Integration gesetzlich verankert werden, stand bei der Verabschiedung letztlich der "Kampf gegen den Terrorismus" im Vordergrund. Dieser Kampf wird aber vom Gesetzgeber als "Kampf gegen die islamische Einwanderung" begriffen.

Band 67: Kinderdolmetscher

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft, rund 16 Millionen Einwohner Deutschlands sind eingewandert. Die Verständigung klappt oft nicht, weil erst seit 2005 allgemeine Deutschkurse angeboten werden. Wer dolmetscht? Es sind selten Dolmetscher, meistens sind es Kinder. Um diese spezielle Form der Kinderarbeit in Deutschland geht es in diesem Heft. Die Fakten werden durch eine große Zahl Interviews mit jungen Einwanderern illustriert.

Band 24: Rauchen

Das Rauchverbot in Gaststätten, eingeführt Anfang 2008, erhitzt die Gemüter. Raucher sollten sich lieber Gedanken darüber machen, was sie selbst zur globalen Ungerechtigkeit und zum Hunger in der Welt beitragen, Denn der Tabakanbau verdrängt Nahrungsmittel und hinterlässt Wüsten.

Band 30: Sextourismus und Frauenhandel

Während gegen die Einreise nach Deutschland per Visum immer höhere Hürden errichtet werden, scheint der "Heiratshandel" (ausländische Frauen per Katalog) unter besonderem Schutz zu stehen. Und wer sich keine Frau kaufen kann, fliegt als Sextourist in den Süden und mietet eine.

11. Termine**Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

12.07.2008 Programm/Infos siehe unter 1.

08.11.2008 mit Jubiläum "20 Jahre Flüchtlingsrat/Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg"

Herbsttagung Bad Boll

12.-14.09.2008: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge? Die Situation an den Außengrenzen im Osten und Südosten und der Zugang zu Asylverfahren. Programm/Infos siehe unter 2.

Sonstige Termine:

27.06.-22.07.2008: Freiburg, Seepark: Ausstellung "Überleben auf der Flucht". Bei der Ausstellung handelt es sich um ein 900m² großes, nachgebautes Flüchtlingslager, wie es z. B. im Tschad oder im sudanesischen Darfur zu finden ist. Durch die authentische Ausstattung mit Unterkünften, medizinischem Material, einer

Trinkwasserstation und Latrinen soll den Besuchern ein realistischer Eindruck vom Leben in einem solchen Lager vermittelt werden. Besonders anschaulich wird dies bei Führungen, die von Projektmitarbeitern von "Ärzte ohne Grenzen" angeboten werden.

Termine/Tagungen in anderen Bundesländern:

23.-24.06.2008: Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz, u. a. mit Schwerpunktthema "Resettlement".

Darüber hinaus soll es zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anlässlich des Weltflüchtlingstages dieses Jahr um den Stand der Entwicklung des Flüchtlingsschutzes auf europäischer Ebene gehen. [Weitere Infos und Programm.](#)

30.06.-1.07.2008: Berlin: Festung Europa: 70 Jahre nach Evian Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen. Das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU führt vom 30.6. bis 1.7.2008 gemeinsam mit Pro Asyl e. V. und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag sowie weiteren Kooperationspartnern eine Konferenz durch, mit der zum einen an die gescheiterte Flüchtlingskonferenz von Evian erinnert werden soll, die 1938 auf Initiative der USA stattfand, um Zufluchtsmöglichkeiten für die deutschen Juden zu verhandeln, und auf fatale Weise ergebnislos blieb, zum anderen sowohl die Öffentlichkeit als auch die Politik auf die aktuellen Missstände der europäischen Flüchtlingspolitik aufmerksam gemacht werden sollen. Einen Schwerpunkt der Konferenz bildet die Auseinandersetzung mit der spezifischen Problematik unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Junge Flüchtlinge, die heute in Deutschland leben und ehemalige Kinderflüchtlinge, die auf der Flucht vor nationalsozialistischer Verfolgung ihre Heimat verlassen mussten, sind eingeladen, um über ihre Erfahrungen zu berichten. [Weitere Infos und Programm.](#)

20.06.2008: Internationaler Tag des Flüchtlings

26.06.2008: Tag zur Unterstützung der Folteropfer

28.09.-4.10.2008: Interkulturelle Woche

03.10.2008: Tag des Flüchtlings

10.12.2008: Tag der Menschenrechte